



Niederschrift

50. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Mai 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040

Vorlage: 2023/0152/3

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040

Änderungsantrag: SPD

Vorlage: 2023/0152/1

Punkt 6.2 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2023/0152/2

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Karlsruhe 2040 und die benötigten Haushaltsmittel und Personalressourcen für den Doppelhaushalt 2024/2025 (*Anm.: geänderter Beschlusstext: „mit Sperrvermerk“*) einzuplanen und für den Doppelhaushalt 2026/2027 vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 6: 28 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen (geänderter Beschlusstext)

Punkt 6.1: erledigt durch Annahme Sperrvermerk

Punkt 6.2: Bei 17 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 14. März 2023 und am 9. Mai 2023.

Wir haben uns in diversen Ausschüssen schon intensiv damit beschäftigt. Deswegen würde ich jetzt nicht noch einmal einführen, sondern höre mir erst einmal Ihre Meinung dazu an. Dann versuche ich noch einmal, die Schwerpunkte rauszuarbeiten.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Eigentlich könnten wir an der Stelle sehr viel über die Ziele des eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes reden, über die Notwendigkeiten, über die geänderten Rahmenbedingungen. Denn die sind ganz eindeutig festzuhalten. Das sind die

Klimaanpassungen, denen wir uns viel deutlicher stellen müssen. Das ist die Nachfrage nach Wohnraum in einem Oberzentrum. Das ist aber auch das neue Arbeitsleben, das auch eine andere Bedeutung dem Wohnen zukommen lässt. Im Kontext von Digitalisierung und Homeoffice verändern sich die Verhaltensmuster in der Stadt. Das sind alles Aspekte, mit denen wir uns eigentlich in Zukunft befassen müssten, weswegen das integrierte Stadtentwicklungskonzept ganz grundsätzlich notwendig ist. Es wäre zudem auch eine notwendige und sinnvolle Ergänzung, dieses Stadtentwicklungskonzept zu entwickeln, neben dem Konzept des neuen Quartiersmanagements, was wir Anfang dieses Jahres auf den Weg gebracht haben. Das wären alles Aspekte, die Hand-in-Hand gehen wollen.

Aber heute stellen wir uns eher der Frage, wollen wir das Ganze überhaupt und wenn ja, wann und wie weit können wir es denn noch verschieben, ohne dass es uns vielleicht dann nicht doch teurer kommt am Ende. Denn die Anträge von CDU und SPD gehen schon in die Richtung, jetzt bloß nicht damit beschäftigen, wer weiß, was es kostet, und vielleicht wird es in einem neuen Gemeinderat dann irgendwie ganz anders ausgehen. Aus dem Antrag der CDU lese ich wenigstens noch in der Begründung heraus, dass auch Sie die Notwendigkeit sehen, dieses Konzept auf den Weg zu bringen, vielleicht mit einem zeitlichen Verzug. Aber Sie wollen heute wenigstens schon auch den Beschluss fassen, wann es dann losgehen soll. Im SPD-Antrag lese ich eher dieses grundsätzliche Verschieben. Aber vielleicht können Sie das auch gleich noch einmal darstellen, was Sie damit eigentlich erreichen wollen.

Die verschiedenen Gründe, seien sie jetzt zum Beispiel finanzieller Natur, bestätigen sich nicht, weil es am Ende nur teurer werden würde, weil beauftragte Expertisen teurer werden würden und weil grundsätzlich solche Verfahren auch länger laufen würden, vielleicht auch in die Gefahr laufen, wenn wir ein Projekt jetzt zwei Jahre später beginnen, schließen wir es logischerweise auch zwei Jahre später ab, aber vielleicht wird es dann auch drei Jahre später abgeschlossen, weil jedes große umfangreiche Konzept seine Zeit braucht. ÖRMI hatte länger gedauert, als wir ursprünglich dachten. Dann würde die finale Beschlussfassung vielleicht erst vom übernächsten Gemeinderat beschlossen werden. Dann führen wir dieselbe Diskussion des Verschiebens vielleicht noch einmal. Das ist schon die Frage. Was passiert eigentlich, wenn wir dieses ISEK heute nicht auf den Weg bringen? Welche Auswirkungen haben wir als Stadt, wenn wir keine Grundlage, keine Leitlinien haben für Sanierungsgebiete oder ähnliche Stadterneuerungsmaßnahmen? Das alte Stadtentwicklungskonzept ist dann schon seine Zeit hin. Das räumliche Leitbild von 2013 ist irgendwann auch seine Zeit alt. Dann haben wir es irgendwann schwer, in der Begründung beispielsweise für Fördergelder.

Wenn Sie es tatsächlich nicht wollen und deswegen die Verschiebung beantragen, dann sollten Sie es vielleicht auch ehrlich kommunizieren, oder Sie sollten sagen, wir wollen ein Stadtentwicklungskonzept 2050, weil, bis wir dann irgendwann anfangen, wird es schon irgendwie.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist selten, dass Sie nicht einführen bei so einem wichtigen Thema. Aber ich denke, wir hatten schon genügend Zeit, uns darüber auszutauschen. Ich kann Herrn Löffler Recht geben. Die Notwendigkeit des ISEK wurde von unsererseits überhaupt nie infrage gestellt. Dass so etwas sein muss, insbesondere aufgrund der neuen Herausforderungen, die auch da sind, ist für uns unumstritten. Die Frage ist nur der Zeitpunkt, ob er der richtige ist. Wir können meiner Ansicht nach nicht in eine große

Haushaltskonsolidierung gehen, das den Bürgerinnen und Bürgern begreiflich machen, aber auch den Mitarbeitenden hier in der Stadtverwaltung, die enorme Sparkurse gefahren sind und gleichzeitig jetzt sagen, wir gehen hier visionär voran. Was sicher sein muss, aber ob der Zeitpunkt gerade jetzt der richtige ist, und mit fast 1 Million in den Doppelhaushalt zu gehen, das halten wir einfach für falsch. Ich glaube auch nicht, dass es in der Bürgergesellschaft gut ankommen würde.

Es ist natürlich vollkommen richtig, wie Sie auch in Ihrer Vorlage schreiben, dass dieses Ganze nicht billiger wird. Aber es ist ein Konzept, das erstellt wird. Das heißt, Herr Löffler, wenn Sie sagen, wenn wir es verschieben, wissen wir doch gar nicht, ob vielleicht in zwei Jahren sich die Verhältnisse noch einmal geändert hätten. Vor zwei Jahren hätten wir nicht über einen russischen Angriffskrieg gesprochen. Also von daher können wir dieses Argument immer wieder weiternehmen. Von daher denke ich, würde uns es gut zu Gesicht stehen, wenn wir vielleicht einen kleinen Fuß auf die Bremse stellen und sagen, okay, 2040, da ist noch genügend Zeit, diese Zeit haben wir auch entsprechend. Ich glaube nicht, dass wir jetzt direkt mit Vollgas weiterfahren müssen. Deswegen war unser Antrag klar. Wir wollen eine zeitliche Verschiebung, insbesondere der finanziellen Mittel.

Eine interne Planung, dass es intern auch weiter mit Beratungen gehen kann, ist unserer Ansicht nach unstrittig. Wir haben jetzt aus dem ISEK 2020 viele Dinge noch nicht abgearbeitet. Das heißt auch nicht, dass wir es komplett neu erfinden. Wir werden neue Dinge mit hineinnehmen. Wir werden es anpassen, und ich glaube, dass wir auch auf dem richtigen Weg sind und dass wir dann entsprechend auch verstehen, wie wir weiter vorgehen müssen. Unserer Meinung nach wäre das ein falsches Zeichen nach außen, wenn wir heute die Mittel einstellen und dies entsprechend dann auch so beschließen würden. Denn das würde auch zeigen, da beschäftigt sich die Verwaltung wieder damit und stellt die Sachen ein, aber nach außen macht sie das nicht. In diesem Sinne werben wir weiter für unseren Änderungsantrag in dieser Art, und würden uns freuen, wenn hier zugestimmt wird. Aber grundsätzlich stehen wir natürlich zu einer Weiterentwicklung des ISEK.

Stadträtin Melchien (SPD): In einem sind wir uns ganz sicher einig, erfolgreiche Kommunalpolitik heißt, das Richtige tun zum richtigen Zeitpunkt. Als SPD-Fraktion sind wir gerne bereit, an der Stellung eines neuen integrierten Stadtentwicklungskonzepts konstruktiv mitzuarbeiten. Das als Antwort auf die an uns gerichtete Frage. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage sind wir dennoch nicht einverstanden. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion diesen Änderungsantrag gestellt. Wir vertreten dabei grundsätzlich eine andere Meinung zu dem, was der Prozess, anders als ISEK 2020, für die gerade notwendige Priorisierung von Themen und Maßnahmen bewirken wird. Hier sehen wir durchaus stärker den Gemeinderat in der Pflicht. Zusätzlich erscheint uns der Zeitpunkt nicht als der richtige.

Quasi zeitgleich mit dem Start von ISEK 2040 stehen die diesjährigen Haushaltsberatungen geprägt von Einsparungen an. Mein Vorredner ist bereits darauf eingegangen. Aus unserer Sicht ist es auch kein gutes Signal, wenn das einzig Neue, das der kommende Doppelhaushalt bietet, ein ISEK-Prozess sein wird. In Anbetracht knapper Ressourcen und hoher personeller Belastung der Verwaltung sowie der Stadträtinnen und Stadträte erachten wir es als sinnvoll, diesen Prozess nach hinten zu schieben. Der Beschlussvorlage ist zu entnehmen, dass die notwendigen Mittel zudem noch nicht eingeplant sind. Wir sind uns alle bewusst, welche schwierigen Diskussionen uns im Haushalt noch bevorstehen. Natürlich werden wir ISEK fortschreiben müssen. Das einzige Argument aber, dass nun der richtige Zeitpunkt ist,

wäre, wenn uns die Möglichkeit wegfällt, konkrete Fördermittel zu erhalten, wenn wir ISEK jetzt nicht fortschreiben. Wir sehen allerdings nicht, dass über die sich in der Planung befindlichen Projekte hinaus überhaupt Kapazitäten für weitere Förderkulissen vorhanden wären. Aus diesen Gründen halten wir den jetzigen Zeitpunkt nicht für den richtigen.

Wie von meiner Fraktion im Rahmen des Hauptausschusses vorgetragen, würden wir daher zunächst ausschließlich den ersten Teil des skizzierten Vorgehens zur Analyse von ISEK 2020 mittragen. Sollte eine möglicherweise heute auf den Weg gebrachte Auswertung von ISEK 2020 zeigen, dass es sinnvoll und zielgerichtet ist, auch die nächsten Schritte für ein neues integriertes Stadtentwicklungskonzept baldmöglichst in Angriff zu nehmen, wären wir dazu aber bereit. In Anbetracht der Lage sehen wir aktuell die Entscheidungsgrundlage hierfür noch nicht gegeben. Ein Sperrvermerk über die vorgesehenen Mittel und Personalstellen zur Freigabe durch den dann neugewählten Gemeinderat würde es uns heute ermöglichen, der Beschlussvorlage zu folgen und den ersten Teil einer Fortschreibung in Angriff zu nehmen. Anderenfalls halten wir unseren Änderungsantrag aufrecht.

Stadträtin Böringer (FDP): Manchmal ist nicht der Inhalt entscheidend, sondern der Zeitpunkt. Darauf haben die Vorredner hingewiesen. Im vorliegenden Fall unterstützen wir die inhaltliche Absicht natürlich. Die integrierte Stadtentwicklung soll fortgeschrieben werden. Allerdings wünschen wir uns eine Evaluation der bisherigen Arbeit. Welche Vorteile können wir daraus ziehen? Welchen Nutzen hat die Fortschreibung? Solche elementaren Fragen müssen geklärt werden. Wenn diese Fragen zufriedenstellend beantwortet sind, bleibt der richtige Zeitpunkt als zweite Variable. Wann genau dieser ist, vermag ich persönlich nicht zu sagen. Doch, eins kann ich sagen, jetzt ist der nicht. Zum einen fehlen uns Antworten zum Nutzen des bisherigen Konzeptes. Darauf habe ich schon hingewiesen. Zum anderen, und das haben meine Vorredner explizit ausgeführt, steht einer Fortführung der anstehende Haushalt im Weg. Wir sind aufgerufen, an allen Ecken und Enden zu sparen. Manchmal geht vielleicht schon davon aus, dass aus den Reihen des Gemeinderates gar keine Anträge zum Haushalt kommen. In dieser Situation kostspieliger Konzepte, zur Beschäftigung mit sich selbst den Auftrag zu geben, steht unseres Erachtens dem Mandat einer gesamtstädtischen Verantwortung entgegen.

Und, Herr Oberbürgermeister, auch die aktualisierte Vorlage mit einer zeitlichen Verschiebung von ein paar Monaten ändert daran nichts, denn Stellen sollen geschaffen werden, Aufträge vergeben werden. Aus diesen Gründen wird meine Fraktion einer deutlichen zeitlichen Verschiebung gerne zustimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir, die AfD-Gruppe im Gemeinderat, plädiert dafür, das integrierte Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040 zu verschieben. Die SPD hat ihren Änderungsantrag aus meiner Sicht im Vergleich zu den Beratungen im Hauptausschuss ein wenig abgemildert. Wir werden ihn trotzdem mittragen, weil wir nichts Besseres haben im Moment, aber die grundsätzliche Argumentation tragen wir mit. Wenn man sich das integrierte Stadtentwicklungskonzept 2020 anschaut, haben wir im Vergleich dazu auch noch Zeit. Wenn wir jetzt anfangen würden mit 2040, wären wir früher dran. Das ist gar nicht unbedingt erforderlich. Es ist so, dass wir als Stadt in sehr schwierigen finanziellen Zeiten unterwegs sind, und dieses Projekt soll knapp 1 Million kosten. Wenn jetzt argumentiert wird, in Zukunft wird es noch teurer wegen der Inflation, ja, wenn es nur die Inflation ist, dann bleibt es real beim Gleichen. Also keine Änderung, kein Unterschied, ob wir es jetzt bezahlen oder in zwei oder in drei Jahren.

Das Argument, dass der neugewählte Gemeinderat das Ganze angehen soll, halten wir auch für stichhaltig. Wir haben nur noch ein Jahr übrig, ein gutes Jahr in dieser Legislatur, eigentlich keine gute Ausgangslage, um so eine Entwicklung anzustoßen. Das sollte dann der nächste Gemeinderat tun. Ich möchte diese Gelegenheit jetzt einmal nutzen, um auch an die Bürger der Stadt Karlsruhe zu appellieren. Dieses Projekt, Integriertes Stadtentwicklungskonzept, ist für Sie, für die Bürger gedacht. Sie als Bürger haben dabei die Möglichkeit, sich einzubringen mit Ihren Vorstellungen, mit Ihren Vorschlägen und auch mit Ihrer Kritik an dem, was bisher gelaufen ist. Wir haben in den vorherigen Beratungen auch darüber gesprochen, dass es schade ist, dass immer nur dieselben Bevölkerungsgruppen daran teilnehmen. Das muss sich ändern. Wir alle, denke ich, sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass sich alle Bevölkerungsgruppen angesprochen fühlen. Wir haben dann noch ein bisschen Zeit, Werbung zu machen, noch ein bisschen mehr Zeit, wenn wir es jetzt verschieben, und es ist auch durchaus positiv. Deswegen werden wir dem Änderungsantrag der SPD zustimmen und, falls dieser keine Mehrheit bekommt, auch dem der CDU.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich kann mich in vielem dem Kollegen Löffler anschließen. Ich glaube nicht, dass wir etwas dabei gewinnen, wenn wir das Konzept weiter hinauschieben. Im Gegenteil, wir verlieren. Wir verlieren Kompetenzen, die über den vergangenen Zeitraum erarbeitet wurden. Wenn wir das Ganze jetzt schieben, auf einen neuen Gemeinderat vertagen, der sich dann auch erst wieder einarbeiten muss, dann verlieren wir noch mehr an Zeit. Und es geht darum, tatsächlich diesem Konzept, das ein laufender Prozess ist, Rechnung zu tragen, was an Veränderungen in unserer Stadtgesellschaft über die vergangenen Jahre sich ganz heftig entwickelt hat, egal ob es jetzt um Corona, um die Geflüchteten aus den Kriegsgebieten, geht. Wir haben eine Veränderung in dieser Stadtgesellschaft, der muss man Rechnung tragen, der muss man nachkommen, und das muss sich dann in diesem Konzept auch niederschlagen. Das können wir nicht einfach zwei, drei Jahre schieben, denn dann ist vieles schon passiert, was man nur noch schwer zurückholen kann. Mir wäre viel lieber, wir würden an anderen Projekten sparen als ausgerechnet an der Stelle.

Deshalb sind wir der Meinung, die Vorlage der Stadtverwaltung ist in Ordnung, der stimmen wir zu. Weitere Verzögerungen halten wir für kontraproduktiv.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Unsere Fraktion ist der Meinung, dass heute sehr wohl der richtige Zeitpunkt ist, um ISEK auf den Weg zu bringen. Es geht letztendlich um die Zukunft der Stadt, und da können wir nicht länger warten. Ich verstehe auch nicht, dass hier immer die Finanzen vorgeschoben werden, wenn man etwas nicht will. In anderen Punkten wird ganz schnell die gelbe Karte gezeigt bei großen Ausgaben, ich erinnere nur an den Karlsruher Hausberg, was dort vorgesehen ist. Für mich ist es hier wirklich eine große Hassenfüßigkeit von SPD, CDU und der FDP. Ich verstehe das gar nicht, dass Sie nicht im Sinne der Stadt, im Sinne des Gemeinwohls agieren, sondern praktisch eine Erbsenzählerei machen, um wichtige Dinge hier zu boykottieren und anzuhalten.

Ich gehe davon aus, dass die Bürgermeisterbank das sehr wohl überlegt hat und der Betrag, der gebraucht wird, auch im Haushalt eingestellt ist. Von daher, meine Damen und Herren, in der Mitte und auf der rechten Seite des Hauses, ich verstehe Ihr Abstimmungsverhalten nicht. Sie sind einfach nicht mutig genug, auch gegenüber der Bürgerschaft aufzuzeigen, um was es mit dieser Vorlage und mit dem ISEK-Projekt geht.

Stadtrat Kalmbach (FWJFÜR): Grundsätzlich, wenn die Kassen knapp werden, wenn die Ressourcen knapp werden, dann muss man priorisieren, dann muss man schauen, wie man zuspitzt. Deswegen ist der Prozess ganz grundsätzlich richtig. Den kann man nur befürworten. Aber ich habe einfach das Problem bei ISEK 2020, Sie sagen immer, da sind ganz viele Sachen verwirklicht, aber in Wirklichkeit sehe ich das nicht. Das ist nie kommuniziert, das wissen wir überhaupt nicht, und aus dem Grund heraus müsste eigentlich zuerst die Evaluation kommen und dann die Entscheidung. Das finde ich von der Kommunikation her nicht ganz so geschickt gemacht. Aus dem Grund ist Missbehagen, ist Misstrauen drin, ist es tatsächlich so erfolgreich gewesen, war 2020 erfolgreich. Da ist in meinem Bauch einfach ein bisschen so ein Grummeln drin, dass ich sage, das war nicht so durchschlagend. Aber grundsätzlich denke ich, der Prozess wäre dran. Aber überzeugen Sie uns mit der Evaluation, dass das sich wirklich lohnt und dass die Menschen begeistert mitgehen, dass sie nicht einfach nur machen, weil man es jetzt halt macht.

Es wäre grundsätzlich gut, Herr Cramer, wir sind aber noch nicht ganz überzeugt vom Bauch her. Wir brauchen die Ergebnisse von 2020 auf dem Tisch, und dann können wir sagen, ja, das machen wir so.

Stadträtin Fenrich (pl): Es ist jetzt viel gesagt worden. Dieses Stadtentwicklungskonzept 2040 ist im Prinzip eine gute Sache, aber es liegt doch tatsächlich daran, wann soll das starten. Denn Sie, Herr Hock, haben vorhin gesagt, dass es Mut bedarf. Ja, ist es denn mutig, wenn wir den Bürgern jetzt sagen, wir geben so viel Geld aus? Die Bürger haben doch im Moment ganz andere Sorgen. Und ich denke, wir tun den Bürgern keinen Gefallen damit, wenn wir sagen, wir geben jetzt noch hunderttausende, fast bis zu einer Million Euro aus, wenn Sie sagen, ihr habt so viele Bauwerke, was auch fertiggestellt werden muss, was die Stadt viel Geld kostet, wir werden an anderer Stelle einsparen müssen. Die Pflichtaufgaben werden natürlich weiter wahrgenommen werden müssen und werden auch wahrgenommen werden. Wir werden vielleicht im sozialen Bereich Einsparungen machen müssen, aber wollen wir das? Wollen wir das unseren Karlsruhern und Karlsruherinnen wirklich zumuten? Und deswegen appelliere ich hier auch in diesem Saal, lassen Sie uns das rausziehen. Es geht nichts verschüttet, die Zeit ändert sich, und selbst wenn sich etwas ändern sollte hinsichtlich der Ergebnisse, der wünschenswerten Ergebnisse, dann kann man doch das immer noch anpassen. In ein oder in zwei Jahren ist enorm viel geschehen in der Vergangenheit, und wird auch wahrscheinlich viel geschehen. Deshalb lassen Sie uns das rausziehen um einige Zeit.

Von daher, ich würde der Beschlussvorlage der Stadt Karlsruhe nicht zustimmen wollen.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich einige Dinge aus meiner Sicht in einer etwas anderen Perspektive noch einmal erläutern. Ich glaube, es ist zum einen unstrittig, dass man ISEK braucht. Insofern verstehe ich nicht, warum man sagt, wir müssen erst das Alte evaluiert haben, um dann das Neue anzugehen. Das müssen wir natürlich, aber die Ergebnisse der Evaluation würden nicht sein, dass wir sagen, wir verzichten auf ISEK, sondern dass wir sagen, wir müssen das neue ISEK vielleicht anders angehen. Insofern verstehe ich nicht, warum man erst den ersten Schritt macht und dann überlegt, ob man den zweiten macht. Eine Auswertung von ISEK 1 macht nur dann Sinn, wenn ich relativ zügig auch ISEK 2 anschließe. Denn ich komme vielleicht zwei Jahre später zu einer ganz anderen Auswertung von ISEK 1, weil ich vielleicht weitergemacht habe. Hätten wir dieselbe Finanzsituation und

dieselbe Welt außen um uns herum, wie wir damals bei ISEK 1 hatten, dann könnten wir einfach so weitermachen. Aber gerade weil es nicht so ist, brauchen wir ISEK 2. Gerade weil es nicht so ist, weil wir nicht mehr wie bei ISEK 1 einfach alle Wünsche einsammeln können, dann listen wir sie auf und dann versuchen wir, das bis 2040 abzuarbeiten, sondern wir stehen in einer völlig anderen Finanzsituation. Wir müssen jetzt priorisieren, und wir müssen uns von dieser lieb gewonnenen Gewohnheit, wir können uns am Ende alles leisten, verabschieden.

Und das Zweite ist, wir haben plötzlich Themen auf der Agenda, die in ISEK 1 zwar hätten auftauchen können, aber dort noch nicht aufgetaucht sind. Die Klimakatastrophe war damals eigentlich von der Wissenschaft auch schon absehbar, aber es war damals kein Schwerpunkt. Es wäre heute ein Schwerpunkt. Dann finde ich es gerade zynisch, zu sagen, für so etwas brauchen wir Bürgerbeteiligung. Aber der große Prozess, der Bürgerbeteiligung organisieren soll, den verschieben wir um zwei Jahre, aber wir fordern die Bürger auf, daran teilzunehmen. Da komme ich spätestens nicht mehr mit. Sie müssen einen Haushalt dieses Jahr beschließen, mit lauter Kürzungsvorschlägen aus der Verwaltung, wo wir gar nicht die Zeit mehr haben, mit den Bürgern zu diskutieren. Wir werden in zwei Jahren wieder so einen Doppelhaushalt aufstellen. Wann wollen wir es denn grundsätzlich tun, um mit den Bürgern darüber zu reden, was sind denn unsere Schwerpunktziele für 2040. Natürlich nimmt Ihnen das überhaupt nicht die Gestaltungshoheit als Gemeinderat am Ende. Das steht doch auch in keinem ISEK-Konzept drin, aber dann haben wir wenigstens umfassend mit den Bürgern über diese Themen diskutiert, und zwar mit neuen Themen als im alten und mit weniger Geld als im alten. Das wird sich doch in zwei Jahren nicht geändert haben.

Deswegen bitte auch nicht so ein bisschen flapsig sagen, 850.000 Euro sind doch gleich eine Million, dann ist es auf drei Jahre verteilt und nicht nur auf den nächsten Doppelhaushalt. Und ich denke, dieses Gesprächsangebot mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir irgendwann machen. Wir können es gerade nicht mehr so machen, wie wir es die letzten Jahre gemacht haben, dass wir zu Bürgerforen zum Thema Haushalt einladen. Dann stehen da 40 Spezialisten und 10 Bürger, sondern wir müssen dafür sorgen, dass wir eine repräsentative Bürgerschaft über alle Generationen, alle Altersgruppen, alle sozialen Hintergründe und so weiter haben, und das ist viel aufwendiger als die klassischen ISEK-Bürgerbeteiligungsprozesse, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen. Nur um das anzufangen, muss ich erst einmal eine Auswertung machen.

Wir haben ganz viele Bürgerbeteiligung für Quartiersmanagement, ÖRMI, dieses, jenes, welches, aber wir haben nie die ganzen Themen zusammengedacht und haben dann versucht herauszufinden, wie sieht denn dann eure Prioritätensetzung, wie sieht denn dann eure Reihenfolge aus, wenn wir das alles mit weniger Geld entscheiden müssen, was wir vorziehen, was wir nicht vorziehen, wie wir das miteinander bestimmen. Deswegen sehe ich, wenn der Gemeinderat sich jetzt gegen unsere Vorlage entscheiden sollte, eine riesige verpasste Chance, das an Bürgerbeteiligung endlich einmal nachzuziehen, was wir eigentlich seit Jahren dringend müssten. Aber wir werden so getrieben von der aktuellen Entwicklung und auch von der sich doch noch einmal dramatisch verschlechternden Haushaltslage, verglichen mit unseren vorherigen Annahmen, ohne Inflation, ohne Lieferkettenprobleme, ohne Krieg in Europa und was da alles mit reinspielt, dass wir hier eine Chance hätten, es wirklich sehr qualifiziert, aufbauend auf unsere Analyse auch dann in den nächsten Jahren umzusetzen.

Bis die ersten Bürgerinnen und Bürger diskutieren, wird sowieso das Jahr 2024 werden. Wir haben es jetzt so getrennt, dass der alte Gemeinderat es noch anschiebt, der neue Gemeinderat dann die Schwerpunkte am Ende setzen kann und dann auch in die eigentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber einsteigen kann. Von daher ist dieser Aspekt in unserer neuen Vorlage auch berücksichtigt. Wir haben, glaube ich, auch darlegen können, dass in einigen Jahren weder der Personalbedarf noch der Finanzbedarf für einen solchen Prozess nachlassen wird. Der wird eher, was das Geld betrifft, ansteigen, und sorry, wenn unsere Gewerbesteuererinnahmen die Inflationen auch immer mitgehen und alle anderen Zuweisungen auch, habe ich damit natürlich kein Problem, weil dann der Realwert natürlich sich nicht ändert. Aber wir wissen genau, dass die Schere tendenziell eher auseinandergeht, als dass sie sich an der Stelle von alleine schließt. Das einfach noch einmal zur Erläuterung.

Dann gab es die Aussage, wir machen nichts Neues im Doppelhaushalt, warum sollen wir das denn jetzt anschuppen. Wir kommen doch bei dem neuen Doppelhaushalt gar nicht dazu, vorher schon die ISEK-Ergebnisse zu kennen. Aber dann kennen wir sie wenigstens beim übernächsten Doppelhaushalt.

Dann: 2020 ist noch nicht abgearbeitet, das sollen wir doch erst einmal tun. Wenn aber wichtige Themen in ISEK 2020 gar nicht auftauchen und wir vor allem die Priorisierung nicht haben, nutzt uns das im Moment einfach auch nichts.

Dann haben wir gesagt, Förderkulisse: Da es nichts Neues gibt, brauchen wir auch keine Förderung. Eines unserer Haushaltskonsolidierungsziele ist ausdrücklich, auch für die bestehenden Ziele, die wir haben, uns noch einmal darum zu bemühen, Fördermittel von überall her zu kriegen. Und wir haben es gerade in den letzten Jahren sehr intelligent geschafft, beispielsweise schon für lange zurückliegende Beschlüsse, etwa zum Umbau der Kaiserstraße und vieles mehr, dann durch die Aufnahme oder den Eintritt in neue Förderkulissen, seien das Sanierungsgebiete oder so, im Nachhinein schon für längst beschlossene Maßnahmen noch Förderung zu bekommen. Aber da werde ich heute danach gefragt, wie sieht denn dein Klimaschutzkonzept insgesamt aus und, und, und. Bezogen auf die einzelne Sparte können wir das natürlich beantworten, aber es fehlt noch die Integration ins große Ganze.

Ich bin Ihnen trotzdem dankbar, dass keiner gesagt hat, ISEK ist eine völlige Freiwilligkeit, sondern das ist etwas, was aus meiner Sicht zum Pflichtprogramm einer Stadt und damit auch eines Gemeinderates gehört.

Jetzt haben sich doch wieder einige Meldungen ergeben.

Stadtrat Hofmann: Ich glaube, Sie wären enttäuscht gewesen, wenn wir uns nicht noch einmal gemeldet hätten. Herr Oberbürgermeister, in dem Ziel sind wir uns einig. Der Weg dahin ist einfach sehr unterschiedlich. Wir sind der Meinung, dass insbesondere die Akzeptanz in der Bürgerschaft das Wichtige ist. Diese erreichen wir dann, da hat auch die SPD Recht, wenn wir die Evaluation praktisch haben, dann die Bürger informieren und sie mitnehmen. Das wäre das erste Bürgerforum, das wir machen und die Bürger von sich aus kommen. Und hier sparen wir ein und machen sozusagen einen anderen Weg. Von daher müssen doch wir intern das Ganze mit erarbeiten und müssen versuchen, entsprechend

dann die Bürger auch mitzunehmen und die neuen Vorschläge auch umzusetzen und um Akzeptanz eben auch entsprechend zu werben.

Bezüglich der Fördermittel sind wir bei Ihnen, das war unser zweiter Punkt, den wir geschrieben haben. Aber wie schreiben Sie dann so schön in der Antwort, das hängt vom Fördermittelgeber ab. Es heißt nicht, dass wir sie nicht kriegen, sondern wir können durchaus auch auf der bestehenden Grundlage die Fördermittel beantragen. Ich denke, wir haben schon sehr viel gemacht auch in dieser Hinsicht. Sie haben unser Klimaschutzkonzept angesprochen. Ich denke, gerade in dem Bereich sind wir für eine Kommune hervorragend aufgestellt, und dies jetzt in den Bezug zu setzen, ich glaube nicht, dass wir dazu jetzt anfangen müssen.

Grundsätzlich bleibe ich dabei, der Zeithorizont ist sowieso - wir haben jetzt schon fast Mitte 2023 - so eng gesteckt, dass wir gar nicht anders vorgehen können. Wenn wir das jetzt wirklich um diese zwei Jahre verschieben würden, aber trotzdem schon intern arbeiten, mit der Evaluation und das Aufarbeiten, dann würde uns kein Zacken aus der Krone brechen, und wir würden auch die Bürger, genauso wie Sie es eben gesagt haben, entsprechend mitnehmen. Die Akzeptanz sowohl hier in der Verwaltung, die auch sehr große Einsparungen machen müssen in vielen Bereichen, als auch in der Bürgerschaft, wäre einfach noch größer. Man kann dann genau mit dem neuen Gemeinderat wirklich in die Vollen gehen und es auch neu, genauso wie Sie beschrieben haben, planen.

Stadträtin Melchien (SPD): Vielleicht auch noch zwei Sätze. Zunächst wollte ich vorwegschreiben, dass ich glaube, wir sollten uns alle nicht gegenseitig absprechen, im Sinne der Stadt oder im Sinne des Gemeinwohls hier handeln zu wollen. Das ist, glaube ich, unser gemeinsames Ansinnen, auch wenn wir hier unterschiedliche Auffassungen vertreten, wann ein richtiger Zeitpunkt für einen bestimmten Prozess ist. Das Argument, das hier häufiger eingebracht wurde, dass es teurer wird, das trifft natürlich auf alles zu, auf jedes einzelne Thema, und das kann ich Ihnen im Haushalt wiederbringen, wenn es um das Jugendzentrum, um Südstadt, um andere Projekte, geht. Alles wird teurer, was wir jetzt nicht machen. Wir haben nicht gesagt, wir sperren uns gegen ISEK. Wir sind einfach nicht davon überzeugt, dass dieses Ergebnis, das uns hier präsentiert und beschrieben wird, das vom Prozess erhofft wird, tatsächlich am Ende rauskommt.

Deswegen, überzeugen Sie uns doch, indem Sie diesen Prozess beginnen, indem wir jetzt die Evaluation starten, indem wir Gelder einstellen, einen Sperrvermerk vorsehen, den wir jederzeit als Gemeinderat aufheben können, wenn hier das Gremium in Gänze oder zumindest mehrheitlich auch davon überzeugt und mitgenommen ist auf diesem Weg. Ich weiß nicht, was da verloren gehen sollte, wenn wir diesen Beschluss jetzt so fassen. Sie wollen die Gelder in den nächsten Haushalt einstellen, dann könnten wir sie doch auch mit Sperrvermerk einstellen und dann schön miteinander versuchen, diesen Prozess so zu gestalten, dass wir am Ende, wie Herr Kalmbach sagt, vom Ziel auch überzeugt sind und überzeugt sind, dieses Ziel zu erreichen. Das wäre doch ein guter Ausgang für heute.

Der Vorsitzende: Drei Bemerkungen. Sie haben mich vielleicht falsch verstanden, Herr Stadtrat Hofmann. Ich will gerade nicht die Bürger zusammentrommeln, wie bisher und über den Haushalt beraten lassen, sondern ich möchte erst einmal auswerten, was wir erreicht haben und möchte dann über Prioritätensetzung zwischen verschiedenen Zielen, die wir im Grunde alle schon haben, entscheiden. Wir haben ein Klimaschutzkonzept. Wir

haben ÖRMI und alles Mögliche. Nur wir haben es noch nie nebeneinandergestellt und diskutiert, was ist euch denn am Ende bei geringeren Mitteln mehr oder weniger wert. Genau die Darstellung, ich würde jetzt ein Bürgerforum machen und die wüssten überhaupt nichts, und ich würde sie fragen, das ist genau eher der Weg, den ich nicht will, sondern ich will genau einen anderen Weg. Also entweder habe ich mich missverständlich ausgedrückt, aber ich habe es jetzt, glaube ich, schon so oft erklärt, dass ich es einfach sein lasse.

Der zweite Punkt. Uns geht es darum, dass wir mit dem Prozess der Evaluation anfangen können ohne zusätzliche Mittel, damit wir uns als Stadt intern noch einmal darauf verständigen, was haben wir bisher erreicht, was haben wir nicht erreicht. Uns geht es darum, dass es dann keine zwei Jahre Verzögerung oder sonst was ist, bis wir den nächsten Prozessschritt anschließen, und dass Sie uns grundsätzlich befähigen, den nächsten Schritt auch tun zu können. Wenn Sie jetzt sagen, den nächsten Schritt darf aber erst der neue Gemeinderat gehen, und Sie sind aber grundsätzlich bereit, wenn Sie das überzeugend finden, darauf einzugehen, dann kann ich gerne als Verwaltung den Vorschlag aufnehmen, dass wir den Sperrvermerk hier aufnehmen und sagen, Sie geben uns grundsätzlich für diese Vorgehensweise, wie sie dort beschrieben ist, auch mit den einzelnen Prozessschritten, grünes Licht, zwischen dem Prozessschritt 1 und dem Prozessschritt 2, wo wir dann zwischendrin eine Ausschreibung haben, Personal akquirieren müssen und Ähnliches mehr. Warten wir aber, bis der neue Gemeinderat zusammentritt, dann haben Sie auch ungefähr einen Überblick über die Haushaltsentwicklung. Dann diskutieren Sie mit uns darüber, ob Sie den Sperrvermerk aufheben oder nicht. Wir würden uns bemühen, grundsätzlich im Haushalt die Mittel soweit vorzusehen, dass es dann möglich wäre, den nächsten Schritt zu gehen. Die zeitliche Abfolge würde sich dann mindestens ein halbes Jahr nach hinten strecken, denn realistischerweise können wir dann erst Ende 2024/Anfang 2025 mit dem dann auch zusätzlichen Personal und den Mitteln anfangen. Das heißt, die Belastung für den nächsten Doppelhaushalt wird sich etwas reduzieren, aber wir haben keine zwei Jahre Verlust, sondern vielleicht ein Dreivierteljahr oder so etwas in der Art, sofern Sie der Aufhebung des Sperrvermerks zustimmen. Wenn Sie das nicht tun, dann ist der Prozess an der Stelle gestoppt, und ich kann dann frühestens erst wieder im Jahr darauf mit Ihnen arbeiten. Einen solchen Sperrvermerk würde ich jetzt in die Beschlussvorlage aufnehmen. Damit haben wir vielleicht einen guten Kompromiss gefunden, der uns weiter beauftragt, der uns aber dann auch trotzdem die Möglichkeit gibt, hier mit einer gewissen Verbindlichkeit in die Thematik einzusteigen.

Wären jetzt noch zwei Leute mehr da, würde ich Ihnen den Vorschlag nicht machen, aber ich kann ja auch zählen und rechnen.

Stadtrat Hock (FDP): Sie haben das jetzt richtig gut verkauft. Das hätte ich natürlich an Ihrer Stelle auch gemacht. Sie kämpfen um das, und das finde ich auch richtig gut. Nur, Herr Oberbürgermeister, Sie wissen so gut wie wir alle hier im Haus, wenn das alles auf den Weg gebracht ist, werden Sie dem Gemeinderat, der dann darüber entscheiden soll, sagen, jetzt haben wir aber doch schon so viel Zeit investiert und so viel Geld in die Hand genommen, um das Projekt an den Status heranzuführen, dass der Gemeinderat, der dann die Entscheidung des Sperrvermerks aufheben soll, das nie mehr zurückholt. Deshalb, da sind wir dann nicht dabei, Herr Oberbürgermeister.

Der Vorsitzende: Gut, also die Gefahr haben Sie beschrieben. Die ist jetzt jedem bewusst, wenn er abstimmt. Aber es werden genug von Ihnen dabei sein, die mich eventuell dieser perfiden Taktik überführen, wenn ich das dann in einem Jahr noch vorschlagen sollte.

Gut, dann kommen wir in die Abarbeitung der Anträge. Wir streiten wir uns noch ein bisschen intern, wer der weitergehende Antrag ist. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir den CDU-Antrag mit der zweijährigen Verzögerung...

Stadträtin Melchien (SPD): Wie angekündigt, hat sich unserer erledigt mit der Aufnahme des Sperrvermerks. Dadurch ist unser Ansinnen erfüllt.

Der Vorsitzende: Gut, dann bleibt nur der Änderungsantrag der CDU übrig, mit der Verschiebung um zwei Jahre, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann erläutere ich noch einmal die Beschlussvorlage, die jetzt geändert wird, über die Aufnahme eines Sperrvermerks. Dieser Sperrvermerk beinhaltet, dass wir mit der sogenannten Analysephase anfangen. Die ist zunächst ohne Haushaltsmittel und ohne zusätzliches Personal möglich. Sie wird sich dann vermutlich etwas länger hinziehen bis ins nächste Jahr. Mit dem neuen Gemeinderat würden wir dann - da können wir noch vereinbaren, ob in der ersten, zweiten, dritten, das müssen wir dann sehen - unter Erkenntnis der Ergebnisse dieser ersten Phase entscheiden, ob Sie die Mittel freigeben, die wir jetzt etwas anders auf die nächsten Jahre verteilen, als es so im Moment drinsteht. Also noch etwas mehr nach hinten verteilen, weil wir im Jahr 2024 so viel Geld nicht brauchen. Das würden wir Ihnen zum Haushalt noch einmal transparent machen, wo wir etwas eingestellt haben. Das muss über die Veränderungsliste sowieso rein. Dann würde dieser neue Gemeinderat über den nächsten Schritt entscheiden, der dann bedeutet, wir schreiben Dienstleistungen aus, wir akquirieren selbst bei uns noch Projektpersonal. Das ist das, was dann Mehrkosten verursacht. Vorher entscheidet der neue Gemeinderat, dem ich zutraue, dass er das dann auch entscheiden kann. Ein paar bekannte Gesichter, Herr Hock, werden wir vielleicht wiedersehen. Ich schätze das zumindest mal.

Gut, das ist die so veränderte Beschlussvorlage der Verwaltung, und die stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme dieser geänderten Beschlussvorlage. Vielen Dank, auch für die Kompromissbereitschaft, aber auch für die sehr sachliche Diskussion. Da bin ich sehr dankbar.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
1. Juni 2023